

Erscheint täglich außer Sonntags.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis
beide Ausgaben 85 Pf. pro Woche, 3,60 M. pro Monat.
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Lindenstr. 3

Spätausgabe des „Vorwärts“

Anzeigenpreis: Die einseitige Nonpareilzeile
80 Pf., Reklamezeile 6 M. Ermäßigungen nach Tarif.
Postcheckkonto: Vorwärts-Verlag G. m. b. H.,
Berlin Nr. 37 536. Fernsprecher: Dönhofs 292 bis 297

Die genarrten Kriegssopfer.

Dreiste Wahlmanöver der Bürgerblöcker.

Durch einen Teil der bürgerlichen Presse läuft ein Artikel des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Thiel unter dem Titel: „Parteiengeschäfte und Kriegssopfernot“. Da wird zunächst gejammert über „die Jahre bitterster Not und Entbehrungen“, die Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene durchzumachen hatten und dargelegt, wie sehr ihre Lage auch heute noch der weiteren Verbesserung „dringend bedürftig“ sei. Nachdem auf diese Weise die Kriegssopfer angelockt sind, wird ihnen auseinandergesetzt, wie angesichts ihrer großen Zahl „nur ein schrittweises Vormärtskommen nach Rahgabe der Befundung unserer Reichsfinanzen“ möglich sei. Wie anerkennenswerter darum, so meint Herr Thiel, daß es seiner Partei und dem ganzen Bürgerblock gelungen sei, die Aufwendungen des Reiches für die Kriegssopferversorgung von 894 Millionen im Jahre 1924 auf 1342 Millionen im Jahre 1928 zu steigern! Dieser Lobpreisung folgt ein plumper Trick.

Es werden in einer Tabelle die auf Goldmark umgerechneten Papiermarkrenten, die „Ende 1923“ gezahlt wurden, den Rentenbeträgen gegenübergestellt, die nach der Verabschiedung der 5. Novelle zum Reichsversorgungsgesetz im Januar 1928 zuständig waren.

Für die Papiermarkrenten Ende 1923 werden die Sozialdemokraten verantwortlich gemacht, weil sie damals an der Regierung beteiligt gewesen seien. Für die erhöhten Renten vom Januar 1928 wird den Sozialdemokraten jedes Verdienst abgesprochen, denn sie seien 1923 aus der Regierung ausgetreten, „weil es ihnen an Mut gebrach, die schwierigen Aufgaben außen- und innenpolitischer Natur beherzt anzupacken, vor die sich nach Verlust des Ruhrtamples die Reichsregierung gestellt sah“.

Diese Darstellung des bisherigen Abgeordneten Thiel ist typisch für die Kampfesweise sogenannter Arbeitervertreter in den kapitalistischen Parteien. Ihr seien folgende Feststellungen gegenübergestellt:

1. Für die Papiermarkrenten von 1923 sind die Rechtsparteien verantwortlich, die seit der Staatsumwälzung von 1918 die Steuerlasten der Besitzenden gegen den republikanischen Staat aufgestachelt, damit den Sturz der Währung eingeleitet und durch gewinnfuchtige Spekulationsmanöver beschleunigt haben. Mit der Sabotage der republikanischen Außenpolitik führten uns dieselben Parteien in die Not des Ruhrkampfes, der die Vernichtung der Währung vollendete. Zu den Parteien, die diese Entfaltung zu verantworten haben, gehört auch die Deutsche Volkspartei. Die Sozialdemokratie befand sich während des Ruhrkampfes nicht in der Regierung. Der Inflationsstanzler Cuno gehört der Deutschen Volkspartei an oder steht ihr nahe.

2. Aus den beiden Kabinetten der „Großen Koalition“ ist die Sozialdemokratie Ende 1923 nicht ausgetreten, „weil es ihr an Mut gebrach“. Sie wurde nach wenigen Wochen aus der Regierung gedrängt, weil die in der Volkspartei tonangebenden kapitalistischen Kreise zusammen mit den Deutschnationalen ihren Inflationsraub sichern und durch eine Diktatur nach unten Arbeiter, Angestellte, Beamte, Sparer und Kriegssopfer wirtschaftlich und sozial entrechten wollten.

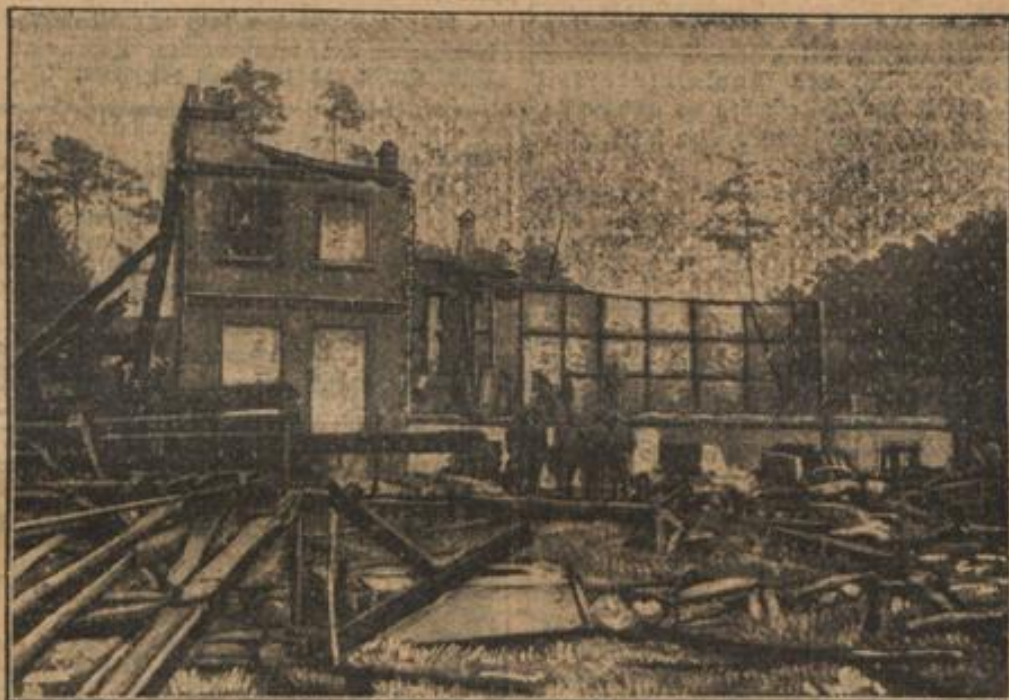
Gerade weil diese Kreise nicht zu bewegen waren, Zustände zu beseitigen, wie sie sich in so erbärmlichen Papiermarkrenten ausdrückten, mußte die Sozialdemokratie aus der Regierung austreten.

Nach ihrem Austritt wurden nicht etwa die Renten verbessert, sondern die Gebührensfrist vor den Versorgungsgesetzen befristet, das Gesetz zum Schutze der Schwerekriegsbeschädigten verächtlich und eine ganze Reihe anderer Willkürakte gegen die Kriegsbeschädigten beschlossen. Der Reichsfinanzminister, auf dessen Initiative alle diese unsozialen Maßnahmen zurückzuführen sind, war Dr. Luther. Er ist heute Mitglied und Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei!

3. Eine Verbesserung der Rentenvorsorgung wurde erst eingeleitet, nachdem die Sozialdemokratie die bestehenden Mißstände in den Wahlkämpfen von 1924 gezeigelt und

(Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Das Großfeuer in Grünau.



Die Trümmer des Ausflugslokals Richtershorn, das gestern abend niedergebrannt ist.

Dem Nordpol entgegen.

Die „Italia“ heute in Kingsbay gestartet.

Kingsbay, 11. Mai.

General Nobile ist um 7 Uhr früh mit der „Italia“ zum Nordpolflug gestartet.

London, 11. Mai.

Aus englischer Quelle wird durch einen Korrespondenten der „British United Press“ aus der Kingsbay bestätigt, daß einige italienische Alpenjäger, die sich unter der Mannschaft der „Citta di Milano“ befinden, gemeutert haben. Sie weigern sich, dem Befehl des Generals Nobile zu folgen, sich am Nordpol absetzen zu lassen, um dort während einiger Tage meteorologische Messungen anzustellen und dann von der „Italia“ wieder aufgenommen zu werden. Die Reuterer haben erklärt, daß sie bei der Abreise keinerlei derartige Verpflichtungen übernommen hätten, die geradezu einem Selbstmord gleichkämen.

Grubenunglück in Redlinghausen.

15 Bergleute verletzt.

Stadde, 11. Mai. (Eigenbericht.)

Im Grubenbezirk der Zechenanlage „Zwedel“ der Bergwerks-A.-G. Redlinghausen fuhr ein Zug, der eine große Anzahl Bergleute zum Betriebswagen beförderte, gegen einen vollbeladenen Kohlenwagen. Der Zug entgleiste. Gleichzeitig ging ein Teil der Strecke zu Bruch und begrub die Besatzung des Zuges unter sich. 15 Bergleute erlitten zum Teil schwere Verletzungen durch Querschlägen, Stauungen und Fleischwunden. Lebensgefahr besteht glücklicherweise bei keinem der Opfer.

Unfall eines Geisteskranken Amanullah geht in Moskau auf Rosen

Berichte im Innern des Blattes

Die Zölle steigen überall weiter.

Proklamationen der Weltwirtschaftskonferenz — Nationalismus der Regierungen.

Genf, 11. Mai.

Die Wirtschaftsabteilung des Völkerbundsekretariats hat für die Tagung des Weltwirtschaftsrates, die am Montag beginnt, eine eingehende Darstellung der Veränderungen des letzten Jahres im gesamten Handels- und Wirtschaftsleben veröffentlicht, in der auch die Bedeutung des deutsch-französischen Handelsvertrages gewürdigt wird. Nach dieser Darstellung sind im allgemeinen heute die Zollsätze höher als vor Jahresfrist. Die in den letzten zwölf Monaten erfolgten Erhöhungen sind jedoch unter dem Einfluß der Stellungnahme der Weltwirtschaftskonferenz wesentlich geringer ausgefallen, als die Zollvorlagen in den entsprechenden Ländern ursprünglich vorgesehen hatten. Zur wirksamen Ueberwindung der Zollschranken wird die Ausnahme von kollektiven Verhandlungen empfohlen, durch die zunächst die Herabsetzung der Zollsätze für bestimmte Erzeugnisse vereinbart werden soll.

Eisenbahnerkongreß in Frankreich.

Paris, 11. Mai. (Eigenbericht.)

In Toulouse hat gestern der achte Kongreß der sozialistischen Eisenbahnergewerkschaft unter dem Vorsitz von Jouhaux begonnen. Über 300 Delegierte waren erschienen. Von den ausländischen Brüdergewerkschaften hatten Belgien, Holland und die Tschechoslowakei Vertreter entsandt. Deutschland, England, Spanien und die Schweiz hatten sich entschuldigen lassen. Die ersten beiden Sitzungen galten der Berlesung der Berichte.

Wie üblich hatten die Kommunisten, um sich in die Debatte einzudrängen, den Antrag gestellt, daß eine Delegation von ihnen angehört werden soll. Der Antrag wurde aber ohne Debatte abgelehnt.

